



## Ist das Wertschätzung?

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

**Wer aufmerksam die Presseverlautbarung im Zusammenhang mit der Vorstellung unserer neuen Schutzausstattung gelesen hat, wird vermutlich auch über den Sprachgebrauch gestolpert sein. Da war zu lesen, dass wir einfache Streifenpolizisten haben. Wie im Film! Die einfachen Streifenpolizisten, die ja, so die Darstellung, nur für einfachen Arbeiten zu verwenden sind.**

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst sind die Generalisten, die im Alltag immer den ersten Angriff fahren und nie wissen, was auf sie zukommt. Das wissen dann alle anderen, wenn sie anschließend eingesetzt werden und können sich entsprechend vorbereiten.

Die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst brauchen ein breites Wissen, so wie kein anderer in der Polizei. Sie leisten einen harten Schichtdienst gegen die Schlafuhr, werden beleidigt und sind ständig unberechenbaren Gefahren wie z. B. Gewalt ausgesetzt. Sie sind die Meister der Konfliktlösungen im gesellschaftlichen Alltag.

**Diese Arbeit verdient zumindest die gleiche Wertschätzung wie die der Spezialisten.**

Die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst haben die meisten Computerprogramme in der Breite zu beherrschen, müssen die meisten Formulare und unterschiedlichsten Vorgangsbearbeitungen kennen, brauchen das umfangreichste Rechtswissen und, und, und.

Im Einsatztraining sollten sie zu ihrem eigenen Schutz zahlreiche Abwehr- und Einsatztechniken trainieren, haben dazu aber oftmals keine Zeit, weil wir auch nach der Reform ständig zu wenig Personal haben.

Ein starker Streifendienst ist der Grundpfeiler für die Sicherheit in



den Städten und Gemeinden – und eine Entlastung und Stärkung für die Kolleginnen und Kollegen, die anschließend die Fälle zur Weiterbearbeitung übernehmen.

**Da sind wir aber gedanklich wohl noch nicht angekommen.**

Die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst werden durch diese Einstufung und der mangelnden Wertschätzung zunehmend frustrierter.

Dies ist keine Wehleidigkeit, sondern das ganz große Problem in der Polizei.

**Gleiches gilt im Übrigen auch für die Kolleginnen und Kollegen der Einsatzeinheiten.**

Da wird gefordert, gefordert und gefordert. Arbeitszeiten, dass die Schwarte kracht. Vom grünen Tisch super geplant, denn auch hier steht auch nicht der Mensch im Mittelpunkt, sondern nur die einzusetzende Vollzeitäquivalente (VZÄ).

Dass in den Einsatzeinheiten und im Streifendienst vor allem die niedrigsten Besoldungsgruppen sind, liegt bei unserem System in der Natur der Sache und wird auch bei der zu erkennenden Herangehensweise an die Thematik „Dienstpostenbewertung“ nicht besser gelöst werden.

Hier hilft nur eins:

**Der Polizeiberuf gehört dem gehobenen und höheren Dienst zugeordnet.**

Ohne Wenn und Aber.

Wenn dieser Artikel zu lesen ist, wissen wir, wie die Wahl ausgefallen ist. Es bleibt abzuwarten, wie dann die Zukunft der Polizeibeschäftigten gestaltet wird. Es bleibt abzuwarten, wie die vollmundigen Versprechungen vor der Wahl in der Verantwortung umgesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, ob der Polizeiberuf endlich die erforderliche Anerkennung findet. Lob und vollmundige Versprechungen haben uns noch nie geholfen. Aber bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.

**Euer Rüdiger Seidenspinner**



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2016 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 1. April 2016, für die Juni-Ausgabe ist er bereits am Freitag, dem 29. April 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

wki

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [Info@gdp-service.com](mailto:Info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

## Quo vadis Beamtenrecht?

Dieser Frage ist der DGB-Landesbezirk nachgegangen und hatte Verantwortliche aus der Regierung und Vertretern der Politik in Baden-Württemberg auf den Zahn gefühlt.

Im Podium saßen Edith Sitzmann, MdL und Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Claus Schmiedel, MdL und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Win-

mann sprach sich für eine Vereinbarung aus, aber wenn, dann gemeinsam mit Beamtenbund und DGB.

Für den einen oder die andere der Anwesenden ist vielleicht die Frage wahlentscheidend:

**„Wie halten es die Parteien mit dem Landespersonalvertretungsgesetz?“**



**Das Podium (v. l. n. r.): Winfried Mack, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Gabriele Frenzer-Wolf, Thomas Durchdenwald, Claus Schmiedel, Edith Sitzmann und Bernd Riexinger**

fried Mack, MdL der CDU, Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL und Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, Bernd Riexinger, Vorsitzender Die Linke, und Gabriele Frenzer-Wolf, die stellvertretende DGB-Vorsitzende, moderiert wurde das ganze von Thomas Durchdenwald von der Stuttgarter Zeitung.

Die Diskussion stand ganz im Zeichen der Landtagswahlen. Während die Regierungsvertreter ihre Arbeit verteidigten, lies die Opposition kein gutes Haar daran.

Aufschlussreich war die Gretchenfrage des Moderators:

**„Und wie halten Sie es mit den Gewerkschaften?“**

Claus Schmiedel will im Falle der erneuten Regierungsbeteiligung mit den Gewerkschaften einen Pakt schließen, bei dem die Personalentwicklungsplanung einen wichtigen Part einnehmen müsse. Edith Sitz-

mann sprach sich für eine Vereinbarung aus, aber wenn, dann gemeinsam mit Beamtenbund und DGB. Winfried Mack: „Die CDU würde alles rückgängig machen.“ Dafür gab's keinen Applaus, aber viele Daumen nach unten. Hans-Ulrich Rülke sekundierte: „War unnötig, muss zurückgebaut werden.“ Edith Sitzmann: „Am Landespersonalvertretungsgesetz wird nicht gerüttelt, aber die Schuldenbremse steht im Vordergrund.“ Bernd Riexinger: „Bei den tatsächlichen Mitbestimmungsrechten muss dringend nachgebessert werden.“ Claus Schmiedel: „Das war unser erstes Projekt nach der Wahl, aber da ist noch Luft nach oben.“

Anzeige

**Suche die Bekanntheit eines gläubigen Polizeibeamten**

(55-70 Jahre). Ich bin 70 Jahre, für alles Schöne aufgeschlossen. Meine Hobbys sind Singen, Spazieren, Tanzen, gute Gespräche.

Zuschriften unter Chiffre **963994-001** an VDP GmbH, Postfach 309, 40701 Hilden



## WIR BRAUCHEN VERSTÄRKUNG

# GdP startete Kampagne für mehr Polizisten und Sicherheit

Stuttgart. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal – für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) war das Ende der Fahnenstange erreicht. Deshalb hat sie am 18. Februar in Stuttgart eine Kampagne für mehr Polizisten und Sicherheit unter dem Motto „Wir brauchen Verstärkung“ gestartet. „Die Polizei ist am Limit. Wohnungseinbrüche, zunehmende Internetkriminalität, Gewalt bei Demonstrationen und Fußballspielen – die Polizei macht ihren Job, aber so geht es auf Dauer nicht weiter.

16 000 Stellen wurden in den letzten Jahren bei der Polizei gestrichen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Damit muss Schluss sein. Es müssen wieder mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten“, forderte der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner.

Die Kampagne zeigt in der körnigen Schwarz-Weiß-Optik von Überwachungskameras fröhliche Kriminelle beim Wohnungseinbruch, Diebstahl und Internetbetrug. Sie sind die Nutznießer der Stellenstreichungen und freuen sich, weil die Polizei zu wenig Personal hat, um sie an ihren Straftaten zu hindern. „Es ist ungewöhnlich, wenn ausgerechnet die Gewerkschaft der Gesetzeshüter fröhliche Menschen beim Gesetzesbruch zeigt. Aber wir wollen neue Wege beschreiten, um öffentlichen Druck auf die Politik auszuüben“, er-

klärte Seidenspinner. „Schöne Worte hören wir genug, wenn es um den Personalmangel bei der Polizei geht, aber es folgen keine Taten.

Diese bequeme Haltung des Nickens und Nichtstuns muss ein Ende haben“, fordert der GdP-Chef.

Ein Schwerpunktthema der Kampagne ist die zunehmende Zahl der Wohnungseinbrüche. 150 000 Einbrüche gab es im vergangenen Jahr – der höchste Wert seit 17 Jahren. Das entspricht der Einwohnerzahl einer mittelgroßen deutschen Stadt wie Heidelberg, durchschnittlich alle dreieinhalb Minuten wird ein Türschloss aufgebrochen oder ein Fenster eingeschlagen. Vor allem die psychischen Folgen seien eine enorme Belastung für die Opfer, erklärt Seidenspinner. „Es ist eine dramatische Erfahrung, wenn man sich in seinen eigenen Wänden nicht mehr sicher fühlt.“

Ganz bewusst verzichtet die GdP bei ihrer Kampagne darauf, die Flüchtlingskrise und die aktuelle Bedrohung durch den Terrorismus zum Thema zu machen. „Natürlich steigt die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen durch die hohen Flüchtlingszahlen und die Terrorbedrohung – das ist ja offensichtlich. Aber auch ohne Flüchtlinge und ohne Terror hätten wir viel zu

wenig Personal. Seit Jahren wurden Stellen abgebaut, der Personalmangel ist hausgemacht und es soll nicht der Eindruck entstehen, das Problem sei durch die jüngsten Ereignisse verursacht“, stellte Seidenspinner klar.



Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner beim Interview

Foto: wki

Die Kampagne umfasst eine bundesweite Plakatkampagne, Hörfunkspots, Onlinevideos und regionale Aktionen.

Informationen rund um den Personalmangel und zur Kampagne gibt es auf [www.wir-brauchen-verstaerkung.info](http://www.wir-brauchen-verstaerkung.info).

wki



Die Teilnehmer der Pressekonferenz, nicht auf dem Foto sind Thomas Mohr und Ralf Knosp.

Anzeige

## Versorgungsausgleich

Rechtsberatung und Vertretung in Versorgungsausgleichssachen

Schwerpunkt: Neubewertung des Versorgungsausgleichs wegen Tod des Expartners

### RB Rudi F. Werling

Kanzlei: Güterstr. 9 \* 75177 Pforzheim  
Tel. 07231-32871

E-Mail: [info@va-kanzlei.de](mailto:info@va-kanzlei.de)  
Internet: [www.va-kanzlei.de](http://www.va-kanzlei.de)



## Neu bei der Beihilfe

### Direktabrechnung bei Krankenhausaufenthalt

Der Landesseniorenvorstand informiert darüber, dass das Landesamt für Besoldung und Versorgung folgendes auf der Homepage veröffentlicht hat: Ab dem 1. März 2016 (Antragseingang) kann die Beihilfestelle (also das Landesamt für Besoldung und Versorgung – LBV) bei stationären Aufenthalten die Beihilfe direkt an den Rechnungssteller zahlen. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Antrag auf Beihilfe mit Direktabrechnung durch die Beihilfeberechtigten und die Bereitschaft der stationären Einrichtung direkt mit der Beihilfestelle abzurechnen. Die Beihilfe wird dann direkt von der Beihilfestelle an den Rechnungssteller überwiesen. Die direkte Abrechnung ist für stationäre Behandlungen in Krankenhäusern, Privatkliniken, Einrichtungen für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitations- und Suchteinrichtungen sowie für stationäre Pflegeleistungen in zugelassenen Pflegeeinrichtungen vorgesehen. Mit der Gehaltsmitteilung sollen alle Beihilfeberechtigten noch ein gesondertes Informationsschreiben über die Direktabrechnung erhalten.

Bei stationären Behandlungen kann das LBV als Beihilfestelle dann die Beihilfe bei Erfüllen der genannten Voraussetzungen (siehe oben) direkt an stationäre Einrichtungen zahlen. Der Beihilfebescheid geht dann den Betroffenen zu. Eine direkte Abrechnung ist für die stationäre Behandlung des Beihilfeberechtigten und auch für die berücksichtigungsfähigen Angehörigen möglich und zwar in öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Einrichtungen für Sucht-, Rehabilitations- und Anschlussheilbehandlungen und auch für vollstationäre Pflegeleistungen in Pflegeeinrichtungen.

Für das Direktabrechnungsverfahren gibt es spezielle Antragsvordrucke. Damit wird die stationäre Einrichtung ermächtigt, direkt mit der Beihilfestelle abzurechnen und die Beihilfestelle, also das LBV, wird da-



### mit ermächtigt, die Beihilfe direkt an den Rechnungssteller zu zahlen.

Nachfolgend wird das Verfahren mit Direktabrechnung am Beispiel einer stationären Krankenhausbehandlung vom LBV dargestellt:

1. Sie füllen den „Antrag auf Beihilfe mit Direktabrechnung bei stationären Krankenhausbehandlungen“ aus und unterschreiben diesen.
2. Sie geben den ausgefüllten und unterschriebenen Antrag im Krankenhaus ab.
3. Das Krankenhaus ergänzt Ihren Antrag und schickt diesen mit der Rechnung an uns.
4. Wir bearbeiten den Antrag und zahlen die Beihilfe direkt an das Krankenhaus aus.
5. Sie erhalten den Beihilfebescheid wie bisher zur Prüfung der Beihilfefestsetzung.

Damit man überprüfen kann, ob die erbrachten Leistungen zutreffend abgerechnet wurden, erhält der/die Betroffene von der stationären Einrichtung weiterhin eine Rechnungskopie. Sollte Grund zur Beanstandung bestehen, soll man sich bitte direkt an die stationäre Einrichtung wenden; die Beihilfestelle (LBV) sollte darüber informiert werden. Am Leistungsumfang der Beihilfe und an der Rechtsbeziehung zwischen Beihilfeberechtigten und der Beihilfestelle ändert sich durch das Direktabrechnungsverfahren nichts. Auch das Vertragsverhältnis zwischen Patient/in und stationärer Einrichtung bleibt hiervon unberührt. Es ändert sich lediglich der Auszahlungsweg. Hinsichtlich der Begleichung nicht erstatteter Rechnungsanteile (z. B. Telefonkosten, Mehrkosten für ein Einbettzimmer im Krankenhaus etc.) wird sich die stationäre Einrichtung direkt an die Betroffenen wenden.

Die notwendigen Vordrucke zur Direktabrechnung können von der Homepage des LBV BW (<http://www.lbv.bwl.de>) heruntergeladen und ausgedruckt werden. Wer keinen Internetzugang hat und einen Vor-

## Die GdP gratuliert herzlich

**ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Ersten Kriminalhauptkommissar**  
PP Heilbronn: Achim Reber, Roland Zeiner.

PP Ulm: Jürgen Schlaier.

**Ersten Polizeihauptkommissar/-in**

PP Heilbronn: Karl Schneider.

PP Offenburg: Karen Stürzel.

**Polizeihauptkommissar A12**

PP Heilbronn: Uwe Bissinger,

Alfred Wüst.

PP Ulm: Michael Mangold.

**Polizeihauptkommissar/-in**

PP Aalen: Roland Schmid, Jürgen

Drescher.

PP Heilbronn: Andreas Natter.

PP Offenburg: Bernhard Groh,

Andrea Müller.

PP Tuttlingen: Nadine Rapp,

Ulrich Müller.

**Kriminalhauptkommissar**

PP Offenburg: Alexander Erhardt.

**Polizeioberkommissar/-in**

LKA: Hülya Yilmaz.

PP Heilbronn: Thomas Schäder.

PP Offenburg: Uwe Hurst.

PP Reutlingen: Silke Rapp.

PP Ulm: Sandra Tischler, Harald

Seitzer.

PTLS: David Tobias

**Kriminaloberkommissar/-in**

LKA: Lisa Maria Kimpfler.

PP Reutlingen: Alexander Guhl.

**Polizeikommissar**

PP Ulm: Tobias Schmidberger.

**Polizeihauptmeister/-in mit Zulage**

PP Ulm: Renate Wörle-Glomb.

PP Tuttlingen: Stefan Weiskopf.

**Polizeihauptmeister/-in**

PP Offenburg: Dirk Weis, Silke

Brzezinka.

**Amtsinspektorin**

PTLS: Gabriele Mehl.

**Polizeiobermeister**

PP Aalen: Daniel Remke, Raphael

Schaal.

PP Ulm: Bernhard Schäfer.

**Es traten in den Ruhestand:**

PP Heilbronn: Armin Rötlich.

**Zusammengestellt von  
Angelika Burckhardt**

druck zur Direktabrechnung benötigt, kann sich auch an die Geschäftsstelle der GdP BW wenden, die ihm dann einen solchen Vordruck zukommen lässt.



## POLIZEIDIENSTUNFÄHIGKEIT

# Initiative von Polizeipräsidien zur Streichung der Polizeizulage bei Polizeidienstunfähigkeit

**Nach dem Vorbild des Polizeipräsidiums Freiburg werden in der Polizei Baden-Württemberg in letzter Zeit vermehrt Anstrengungen unternommen, polizeidienstunfähigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Polizeizulage zu streichen, auch wenn diese bei festgestellter allgemeiner Dienstfähigkeit weiterhin Dienst in der Polizei verrichten.**

In einem Arbeitspapier des Innenministeriums für eine Besprechung der Personalreferenten der Polizei ist das Vorgehen dargestellt und wie folgt zitiert: „Fazit des PP Freiburg demnach: Im Falle der Polizeidienstunfähigkeit ist die Betrauung mit einer polizeilichen Vollzugstätigkeit ausgeschlossen.“

Diese Feststellung des Polizeipräsidiums Freiburg ist unserer Auffassung nach falsch. In der Polizei Baden-Württemberg werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bei

festgestellter Polizeidienstunfähigkeit, aber noch bestehender allgemeiner Dienstfähigkeit, in aller Regel weiterhin mit Vollzugstätigkeit beauftragt. Dies lässt § 26 Beamtenstatusgesetz i. V. m. § 43 Abs. 2 Landesbeamtengesetz ausdrücklich zu und dient im Sinne einer Rechtsfolgenbeschränkung der Vermeidung von vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand und trägt dem Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ Rechnung. Tausende Polizeibeamtinnen und -beamte sind betroffen.

Immer wieder wird auch argumentiert, dass für die Gewährung der Polizeizulage wenigstens eine „eingeschränkte Polizeidienstfähigkeit“ bestehen müsse. Diese Argumentation ist jedoch ebenfalls falsch, denn eine eingeschränkte Polizeidienstfähigkeit im juristischen Sinne gibt es nicht. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 3. 3. 2005 – 2 C 4.04 – festgestellt. Demnach ist

nur zwischen Polizeidienstfähigkeit und Polizeidienstunfähigkeit zu unterscheiden.

Ein polizeidienstunfähiger Polizeivollzugsbeamter darf aber nicht in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden, wenn im Polizeidienst ein Dienstposten zur Verfügung steht, dessen Aufgaben er bewältigen kann. Der Dienstherr muss nach einem solchen Dienstposten suchen (BVerwG vom 5. 6. 2014 – 2 C 22.13). Hat er einen solchen Dienstposten gefunden, kommt nach unserer Überzeugung eine Streichung der Polizeizulage nicht in Betracht.

Deshalb sind wir an den Minister herangetreten, damit dieser alle notwendigen Schritte einleitet um die Initiativen zur Streichung der Polizeizulage von polizeidienstunfähigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die weiterhin im Polizeivollzugsdienst beschäftigt werden, einzustellen.

**RS eid**

## AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

### Wir gratulieren zum 100. Geburtstag

Am 3. 2. 2016 besuchten die Kollegen Uwe Lengerer und Uwe Neugebauer das langjährige GdP-Mitglied Joachim Hensel im Luise-Wetzel-Stift in Tübingen, um ihm im Beisein seiner Tochter zum 100. Geburtstag zu gratulieren.



Kollege Hensel trat 1935 in die Polizei ein und wurde mit 55 Jahren als POM pensioniert. Er machte seinen Dienst in Lörach.

Er lebt seit ca. sieben Jahren im Stift in Tübingen und ist seit 1. 4. 1971 Mitglied in der GdP.

Joachim Hensel wurde ein kleines Präsent und Blumen überreicht, worüber er sich sehr gefreut hat.

## UNTERSTÜTZUNGSVEREIN DER GDP

### Der UdP hilft unseren Mitgliedern

Unser GdP-Mitglied Hildegard Oberhofner war seit 1. 2. 1978 bis zum Eintritt in den Ruhestand am 1. 7. 2009 bei der Bereitschaftspolizei in Lahr im Vorzimmer des Leiters beschäftigt. Sie ist kurz darauf sehr schwer erkrankt und befindet sich seit Jahren in einem Pflegeheim. Um sie und ihren



Ehemann, der sich sehr um sie kümmert, finanziell etwas zu unterstützen, konnte ihrem Ehemann ein Scheck des Unterstützungsvereins der Gewerkschaft der Polizei durch unseren Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner und seiner Stellvertreterin Christina Falk überreicht werden.

Wir wünschen ihr auch auf diesem Weg gute Besserung.

**c/falk**



# Aktion „Mehr Personal für Mittelbaden“

**Die GdP-Bezirksgruppe Offenburg überreicht Herrn Innenminister Reinhold Gall die Unterschriftenlisten.**

Die GdP-Bezirksgruppe Offenburg führte im vergangenen Herbst 2015 eine Aktion mit dem Motto „Mehr Personal für Mittelbaden“ im Bereich des Polizeipräsidiums Offenburg durch.

In den Städten Lahr, Rastatt, Kehl und Baden-Baden wurden mit Informationsständen sowie in Offenburg mit einer Abschlussdemonstration die Bürgerinnen und Bürger der Region auf die Personalmisere in Mittelbaden hingewiesen.

Gefordert wurde eine gerechtere Personalverteilung in Baden-Württemberg, orientiert an der tatsächlichen Arbeitsbelastung vor Ort und speziell für Mittelbaden auch unter Berücksichtigung der Grenzlage zu Frankreich und dem Ballungsraum Straßburg/Kehl.

Gleichzeitig wurde die landesweite Neuschaffung von mindestens 1000 Stellen bei der Polizei eingefordert, die durch die vorhergehende Landesregierung abgebaut wurden.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurden die Aktionen auf der Straße durch eine Unterschriftenaktion begleitet. Dabei konnten rund

2000 Unterschriften gesammelt werden, überwiegend von Bürgerinnen und Bürgern der Region.

Diese Unterschriftenlisten wurden durch den Bezirksgruppenvorsitzenden Reinhard Grußbeck im Rahmen des diesjährigen traditionellen Neujahrsempfangs der GdP Baden-Württemberg Herrn Innenminister Reinhold Gall persönlich übergeben.

In seinem Antwortschreiben verwies dieser auf die bevorstehende Einstellungsoffensive bei der Polizei allgemein und auf die personelle Situation beim Polizeipräsidium Offenburg im Detail. „Um auch zukünftig die Organisationsentwicklung konstruktiv zu begleiten, ist eine umfassende Evaluation der Polizeistrukturreform als auch der landesweiten Stellenverteilung geplant. Die Ar-

beitsbelastung der Dienststellen und die Belastung durch Grenznahe werden bei den dazu erforderlichen Überlegungen einen hohen Stellenwert einnehmen“, so Herr Innenminister Reinhold Gall.

Warten wir es ab – die Hoffnung stirbt zuletzt!

**Reinhard Grußbeck  
(Vorsitzender der  
Bezirksgruppe Offenburg)**



**Der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Offenburg übergibt die Unterschriftenlisten an Innenminister Reinhold Gall, im Hintergrund u. a. Thomas Blenke, MdL, Sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Nikolaos Sakellariou MdL, Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion und Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Innenpolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion.**

## Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe PTLs Pol

**Kürzlich fand die erste ordentliche Jahreshauptversammlung der im Vorjahr neu gegründeten BG PTLs im Konferenzraum 1 in der Nauheimer Straße 99 in Stuttgart statt.**

Stephan Vogt freute sich sehr, dass sich an diesem Tag 33 Kolleginnen und Kollegen Zeit für ihre Gewerkschaft genommen haben, im Hinblick auf unsere dezentrale Struktur ist das eine mehr als zufriedenstellende Zahl. Ganz besonders begrüßte er Hans-Jürgen Kirstein als Vertreter des Landesvorstands sowie den Präsidenten des PTLs Pol, Udo Vogel, der in seinem anschließenden Grußwort kurz auf die derzeitigen Problemstellungen der Dienststelle einging und

der Versammlung einen guten und harmonischen Verlauf wünschte.

Kurz und knackig gab Stephan Vogt den Rechenschaftsbericht des Vorstands zur Kenntnis, der auch keine Fragen bei den Mitgliedern aufwarf.

Über einen erfreulichen Kassenstand informierte Christine Menyhart in ihrem Kassenbericht. Im Anschluss daran berichtete Thomas Thaler über die Kassenprüfung, die keinerlei Grund zur Beanstandung gab. Auf seinen Antrag hin wurde Christine Menyhart einstimmig entlastet.

Beim Punkt Neuwahlen stand die Wahl von Hans Gloiber als stellvertretender Vorsitzender für den Tarifbereich und von Gisbert Eckardt als

stellvertretender Schriftführer an. Beide Kollegen hatten die Tätigkeiten bereits kommissarisch ausgeübt und wurden einstimmig bzw. mit einer Enthaltung (seiner eigenen) gewählt.

Ganz besonders erfreulich war der Tagesordnungspunkt „Ehrungen“, denn sage und schreibe 21 Kolleginnen und Kollegen gehören der GdP schon mehr als 25 Jahre an. Aufgrund der landesweiten Struktur unserer Bezirksgruppe konnten leider nicht alle bei der Versammlung in Stuttgart präsent sein. Hans-Jürgen Kirstein und Stephan Vogt bedankten sich bei den Anwesenden für diese Treue. Die übrigen restlichen Auszeichnungen und Ehrungen werden in der nächsten Zeit schnellstmöglich nachgeholt.



**AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN**

Folgende Kolleginnen und Kollegen wurden aufgrund ihrer Verbundenheit zur GdP ausgezeichnet:

**25 Jahre Mitgliedschaft:**

Ralf Kesser, Guido Roelofs, Jürgen Hegel, Hans-Günter Ohler, Lothar Klotz, Albert Ziller, Steffen Kübler, Hermann Ebner, Matthias Siemer, Achim Felger und Christine Menyhart

**40 Jahre Mitgliedschaft:**

Hubert Reichenbach, Hans-Richard Schaeffer, Norbert Vornehm, Rainer Niedermayer, Rolf Platzer, Gisbert Eckardt, Norbert Schall und Jürgen Sprenger

**50 Jahre Mitgliedschaft:**

Bernd Kraft und Erhard Knittel



**Alle Geehrten zusammen**

Eine besondere Ehrung erfuhr Rainer Breitfeld, der dieses Jahr in den Ruhestand getreten ist. Stephan Vogt bedankte sich im Namen der BG bei ihm für viele Jahre Gewerkschaftsarbeit bei der KG LPD Tübingen als Kreisgruppenvorsitzender und Kassierer mit einem sicherlich schmackhaften Geschenkkorb.

Anschließend informierte Hans-Jürgen Kirstein unter der Überschrift „2 Jahre Polizeireform – ein Fazit über Neuigkeiten und Interessantes auf Landesebene“. Er befasste sich zunächst mit dem Ergebnis der Personalratswahlen und analysierte ehrlich die Gründe. Man habe zu lange den Versprechungen geglaubt und den

Kurswechsel viel zu spät und viel zu leise vorgenommen. Das extreme Tempo der Umsetzung der viel zu umfangreichen Reform sei von der Polizeiführung bestimmt worden; viel schneller als es die Politik vorher versprochen hatte. Danach hätte sich auch das Klima zwischen IM und GdP schnell abgekühlt. Weiter streifte er die Themenbereiche Personalmangel und Einstellungsoffensive, wobei die Einstellungsvoraussetzungen auf gar keinen Fall gelockert werden dürfen, da die Polizei qualifiziertes Personal benötige. Zum Thema Beurteilungen merkte er an, dass die politischen Vorgaben über die Beförderungen le-

bensälter Kollegen/-innen nicht eingehalten wurden.

Er betonte die klaren Forderungen der GdP nach der zweigeteilten Laufbahn, der Einführung des Berufsbilds der Polizeifachangestellten und der Rücknahme der erhöhten Altersgrenze. Zum Schluss wünschte er unserer BG eine weiterhin positive Entwicklung und durfte sich über einen regen Applaus für seine Worte freuen.

Da keine Anträge eingegangen waren, wurde unter den TOP Verschiedenes noch rege diskutiert, bevor Stephan Vogt die harmonisch verlaufene Versammlung nach knapp zwei Stunden schließen durfte.

## **Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim gegründet**

**Mannheim/Heidelberg: Am 24. 2. 2016 gründete sich in der Ketscher Rheinhallengaststätte die neue Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Polizeipräsidium Mannheim, und wählte den Mannheimer GdP-Chef Thomas Mohr zum Bezirksgruppenvorsitzenden.**

Aufgrund der neuen Strukturen der Polizei in Baden-Württemberg hat sich nun auch die GdP in der Metropolregion neu strukturiert. Gemäß der Übergangsregelung zur Satzung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg e. V., bildeten die GdP-Kreisgruppen Mannheim und Heidelberg und deren Mitglieder die Bezirksgruppe Po-

liceipräsidium Mannheim. Unterhalb dieser neuen Bezirksgruppe verbleiben die beiden Kreisgruppen Mannheim und Heidelberg eigenständig als Untergliederung.

Eingeladen hatten die beiden GdP-Vorsitzenden Detlev Haas aus Heidelberg und Thomas Mohr aus Mannheim. Die Veranstaltung war bis auf den letzten Platz gut besucht.

Der Mannheimer Polizeipräsident Thomas Köber und der baden-württembergische GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner hielten das Grußwort. Die beiden Ehrenvorsitzenden Norbert Stier (Mannheim) und Karlheinz Mayer (Heidelberg) wie auch das GdP-Ehrenmitglied Peter Falkenhahn (Mannheim) folgten

ebenfalls der Einladung sowie auch die wahlberechtigten GdP-Mitglieder.

Um 14.15 Uhr war es dann soweit und die Heidelberger und Mannheimer GdP-Mitglieder wählten den neuen Vorstand, der sich wie folgt zusammensetzt:

- Thomas Mohr, Bezirksgruppenvorsitzender (Mannheimer GdP-Vorsitzender)
- Detlev Haas, stellv. Bezirksgruppenvorsitzender (Heidelberger GdP-Vorsitzender)
- Jörg Matzat, stellv. Bezirksgruppenvorsitzender (Dienstgruppenführer beim Einsatzzug Mannheim)

*Fortsetzung auf Seite 8*



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

- Ralf Blaut, Kassierer (Dienstgruppenführer beim Polizeirevier Heidenberg-Süd)
- Hannah Barsch, Schriftführerin (Streifenbeamtin beim Polizeirevier Mannheim-Innenstadt)

„Ich freue mich über diesen überwältigenden Vertrauensbeweis und freue mich auf die Zusammenarbeit im neuen Bezirksgruppenverband“, so der GdP-Chef Thomas Mohr.

Im Rahmen der Gründungsveranstaltung ehrte die GdP langjährige Mitglieder für ihre Treue.

Es wurden insgesamt 14 Mitglieder für 25-jährige Mitgliedschaft, 15 Mitglieder für 40-jährige Mitgliedschaft, 16 Mitglieder für 50-jährige Mitgliedschaft, 5 Mitglieder für 60-jährige Mitgliedschaft und 1 Mitglied für 65-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Eigentlich händigt Polizeipräsident



Ralf Blaut, Kassierer, Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender, Hannah Barsch, Schriftführerin, Bahattin Dalaslan, Beisitzer Streifendienst, Detlev Haas, stellv. Bezirksgruppenvorsitzender, Maurice Bopp, Beisitzer JUNGE GRUPPE, Jörg Matzat, stellv. Bezirksgruppenvorsitzender, Thomas Mohr, Bezirksgruppenvorsitzender und Dirk Krüger, Beisitzer Kommunaler Ordnungsdienst (von links)

Thomas Köber in seiner dienstlichen Funktion häufig Urkunden aus, doch heute erhielt er aus den Händen von Thomas Mohr selbst eine Urkunde für 40-jährige GdP-Mitgliedschaft. Das Mannheimer Bloomaul, Norbert Stier,

selbst jahrzehntelang GdP-Funktionsträger und Mannheimer Revierleiter, erhielt für 60-jährige Mitgliedschaft die Ehrenurkunde wie auch Hermann Schuch für 65-jährige Mitgliedschaft. **Thomas Mohr**

GEWERKSCHAFTSARBEIT

Anzeige

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digitalausgabe oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

**Februar 2016:** Auch im Monat Februar war die GdP vielgefragter Ansprech- und Interviewpartner in den Medien, sodass wir hier leider nicht alle Termine aufführen können.

**3. Februar 2016:** SPD-Polizeibeiratssitzung, Hans-Jürgen Kirstein war dort.

**4. Februar 2016:** Pressegespräch des DGB zu den bevorstehenden Landtagswahlen, der stellv. Landesvorsitzende Hans-Jürgen Kirstein hat die GdP vertreten.

**11. Februar 2016:** Der GdP-Landesvorsitzende war Gast in der Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ und stand nicht nur dem Moderator Clemens Bratzler, sondern auch den drei sog. Wohnzimmerzuschauern Rede und Antwort.

**15. bis 17. Februar 2016:** Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstand und des Bundesvorstandes in Kassel; Thema war u. a. geeignete Schutzwesten und Ausrüstung gegen Kriegswaffen und das Frauenbild im Islam. Rüdiger Seidenspinner und Wolfgang Kircher waren dort.

**23. Februar 2016:** Teilnahme des Landesvorsitzenden am 19. Europäischen Polizeikongress in Berlin und als Podiumsteilnehmer an der Diskussion „Videoüberwachung im öffentlichen Raum“. Es ist schon erstaunlich, wie sich hier bei manchen Leuten seit Silvester das Meinungsbild verändert hat.

**25. Februar 2016:** Radiosendung in SWR 2 – Tandem. Der Landesvorsitzende diskutiert live mit Hörern über die Polizei. **wki**

Es ist wieder soweit!  
Auf geht's zur

**23. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit**  
**GdP - JUNGE GRUPPE -**  
Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.

**Wann:** In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 30.07. – 06.08.2016

**Wo:** Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

**Für wen:** Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

**Preis:** Mitglieder 190 € / Nichtmitglieder 260 €

Im Preis enthalten:  
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt, und vieles mehr!

Anmeldeunterlagen anfordern über die  
GdP-Service GmbH BW, Tel. 07042 / 879-0 oder [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)

Informationen zur Jugendfreizeit: [andyguehring@aol.com](mailto:andyguehring@aol.com) oder 0173 - 7809438  
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen

